

Wahlprüfsteine katholischer Verbände im Bistum Magdeburg zur Bundestagswahl 2013

Vorwort

Alle Wahljahre wieder kommen zahlreiche Verbände und Vereine mit Wahlprüfsteine zu den verschiedensten Themen. Ist das Modell nicht überholt, wo immer mehr Personen statt Programme im Mittelpunkt stehen?

Bei der Vorbereitung dieser Aktion im Rahmen der für September 2013 anstehenden Bundestagswahl, haben auch wir uns die Frage gestellt, für welche Prüfung sollen die sog. Wahlprüfsteine überhaupt als Grundlage dienen? In der politisch/historischen Demokratieentwicklung, insbesondere im 17./18. Jahrhundert gab es zeitweise die Idee, dass zwischen dem Volk und den für die politischen Entscheidungen Verantwortlichen quasi ein (Gesellschafts-)Vertrag besteht, der sich auf die Verbindlichkeit der Umsetzung von beabsichtigten politischen Entscheidungen bezog.

Wir schätzen das freie Mandat und wollen keinen Vertrag abschließen. Unser Ziel ist, dass die Mandatsträger mit Hilfe der nachfolgenden Fragestellungen für sich den Lackmus-Test machen, ob die von Ihnen beabsichtigten politischen Entscheidungen den sogenannten Nerv der Zeit entsprechen oder ob Abweichungen vorliegen und gegebenenfalls Anpassungen notwendig sind. Wir würden uns über eine lebhafte Diskussion zwischen Mandatsträger und Wähler freuen!

Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V.

Familienbund im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e.V.

Katholische Elternschaft, Diözesanverband Magdeburg

Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e.V.

Katholische Frauengemeinschaft, Diözesanverband Magdeburg



**KATHOLISCHE
FRAUENGEMEINSCHAFT
DEUTSCHLANDS**



Generationengerechtigkeit

Frau M. ist Mutter von drei Kindern. Nach der Geburt des dritten Kindes hat sie - mit unsanftem Druck des Arbeitgebers - ihre Arbeitsstelle aufgeben müssen. Ihre Tätigkeit als Sachbearbeiterin in einem mittelständischen Unternehmen war - nach Ansicht der Unternehmensleitung - nicht Teilzeit geeignet. Für eine rechtliche Auseinandersetzung fehlte der Familie die Kraft. Frau M. hat sich mit der Situation arrangiert und füllt ihre Rolle als Mutter aus. Einen Blick auf die Absicherung im Alter hat sie noch nicht wirklich geworfen. Ihr ist bewusst, dass sie gegenüber ihren weiter im Job tätigen Kolleginnen im Nachteil ist.

Herr S. hat seine 92jährige Mutter zu sich genommen. Der Pflegebedarf ist unabweisbar. Da Frau S. endlich einen guten und aussichtsreichen Arbeitsplatz gefunden hat, stimmt Herr S. zu, sich um die Pflege zu kümmern und für unabsehbare Zeit aus dem Arbeitsleben auszuscheiden. Die Folgen für seine Rente ahnt Herr S. mehr, als dass er es sich klar vor Augen stellt.

Unsere Gesellschaft bringt Familien ideelle Wertschätzung entgegen. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind aber von struktureller Rücksichtslosigkeit ihnen gegenüber geprägt. In den sozialen Sicherungssystemen tragen die Eltern alle Kosten der Kindererziehung, der Nutzen der Kinder als zukünftiger Beitragszahler kommt aber allen Versicherten zugute. Diese Privatisierung der Elternverantwortung ist nichts anderes als eine Prämierung der Kinderlosigkeit. Eltern, die für die Kindererziehung im Beruf kürzer treten (müssen), sind von Altersarmut bedroht. Eltern und Kinderlose zahlen Rentenbeiträge in gleicher Höhe, obwohl Eltern zusätzlich für ihre Kinder und damit für künftige Beitragszahler sorgen. Das ist unfair.

Ähnliche Ungerechtigkeiten finden sich in der Pflegeversicherung. Als diese 1995 als letzte Säule der sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik eingeführt wurde, war dies unter der Prämisse geschehen, dass Pflege vor allem in den Familien geschieht. Soll dies auch zukünftig in einem größeren Maße geschehen, brauchen Pflegepersonen Ressourcen und Freiräume, die es ihnen auch finanziell und mit Blick auf die eigene Absicherung im Alter möglich machen, ihre Angehörigen zu pflegen.

Im Sinne einer horizontalen Gerechtigkeit zwischen Menschen, die Verantwortung im Gefüge der Generationen übernehmen und Menschen, die in ihrer Leistungsfähigkeit nicht eingeschränkt sind, braucht es einen gesellschaftlichen Ausgleich. Diesen Ausgleich kann nur die Politik schaffen.

Wir fragen Sie daher:

- Sind Sie für niedrigere Rentenbeiträge für Eltern?
- Sind Sie für die Anrechnung gleicher Kindererziehungszeiten für alle Eltern (auch für Kinder, die vor 1992 geboren sind)?
- Wie stehen Sie zur Einführung einer Pflegezeitregelung analog zur Elternzeitregelung?

Finanzkrise, EU-Zukunft: Die andauernde Euro-Krise und die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger

Ein Obdachloser erzählt: Die Finanz- und Eurokrise in Europa ist derzeit in aller Munde, die Massenmedien berichten regelmäßig, aber die wirklich Betroffenen kommen bei der Berichterstattung zu kurz. Es werden Leistungen gestrichen, die sich durch den allgemeinen Sparkurs auf das Leben der Menschen auswirken. In der Stadt Hannover gibt es Pläne, das Sozialticket - eine vergünstigte Fahrkarte für Bedürftige im öffentlichen Nahverkehr - zu streichen. Wir werden mehr und mehr als "Penner und Trinker und nicht als Menschen wahrgenommen". Für viele zähle die Situation vor der eigenen Tür: "Bevor ich an ein armes Kind in einem anderen Land spende, schaue ich, wo ich vor Ort etwas tun kann."

Es stehen nun Bundestagswahlen an. Finanzielle Fragestellungen haben deshalb für unsere Mitbürgerinnen und -bürger eine besondere Tragweite, weil ein sozial abgesichertes Leben für uns in der Bundesrepublik einen hohen Stellenwert hat.

Der Euro birgt verschiedene Richtungen in sich. Zum einen ist es die Währung, die die starke Deutsche Mark abgelöst hat. Zum anderen ist der Euro die ausgestreckte Hand nach einem vereinigten Europa.

Da leider künstliche Gebilde wie Rating-Agenturen über das Wohl und Wehe von Staaten und deren Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden und dieses wirtschaftliche Rating globalisiert ist, wirkt die wirtschaftliche Stärke und Schwäche des Euro in die weite Welt hinein.

Die (Ohn-)Macht der Bankenwelt hat sich in den letzten Jahren besonders bizarr dargestellt. Das Bild beim Bürger, dass Gewinne privatisiert und Verluste vergesellschaftet werden, ist keine Binsenwahrheit. Schön wäre es, wenn wir pauschal die Politiker dafür schelten könnten. Näher an der Wahrheit wäre jedoch die Sichtweise, dass wir als mündige Bürgerinnen und Bürger durch unsere unachtsame Art des Konsums und Leistungs- sowie Gewinnstrebens diesen Entscheidungen Vorschub leisten. Überspitzt formuliert, wer beim Discounter einkauft, sichert nicht die Existenz des "Tante-Emma-Ladens" an der Ecke. Der mündige und bewusste Bürger hat sich immer wieder klar zu machen, dass der niedrige Preis an einer anderen Stelle an den Realpreis herangeführt wird und vom Bürger auch nachentrichtet wird.

Wir fragen Sie daher:

- Wie kann Ihrer Meinung nach erreicht werden, dass es mehr Chancengerechtigkeit oder -gleichheit in diesem Lande gibt?
- Gibt es Wege einer Gesellschaft, dass sich einerseits Leistung lohnt und andererseits eine gezielte und solidarische Grundversorgung entsteht, die nicht bestimmt wird vom Gieskannenprinzip?

Rüstungsexportpolitik

Auch im 21. Jahrhundert ist unsere Welt in vielen Ländern bestimmt von gewaltsamen und kriegerischen Auseinandersetzungen. Häufig handelt es sich um innergesellschaftliche bzw. innerstaatliche Konflikte, aber auch zwischenstaatliche Auseinandersetzungen werden mit kriegerischen Mitteln oder zumindest mit der Androhung kriegerischer Mittel geführt.

Die Waffen, die in diesen Auseinandersetzungen zum Einsatz kommen, stammen dabei zum größten Teil aus den Industrienationen der nördlichen Hemisphäre. Die Bundesrepublik Deutschland ist dabei inzwischen in der Rangliste der Rüstungsexportnationen auf Platz 3 vorgerückt. Im Jahr 2011 sind Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte in einer Gesamthöhe von 5,4 Mrd. Euro erteilt worden. Dabei gehen 21 % der Genehmigungen an Länder, die staatliche Entwicklungshilfe empfangen. Neben Ausrüstungsgegenständen sind es in zunehmendem Maß auch echten Kriegswaffen, die exportiert werden. Teilweise werden für Rüstungsexporte auch staatliche Ausfallbürgschaften (sogenannte Hermes-Kredite) gewährt.

Entscheidungen über Rüstungsexporte entziehen sich weithin einer parlamentarischen Kontrollmöglichkeit.

Bezug nehmend auf die ethische Position der gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklung (GKKE) ist der Transfer von Mitteln der Gewalt prinzipiell nach den gleichen Kriterien zu beurteilen, wie die Androhung oder Anwendung von Gewalt. Gewalt aber ist eines der schwersten Übel im Zusammenleben der Menschen. Zwar gibt es im deutschen Regelwerk für die Rüstungsexportpolitik eine Sensibilität gegenüber den Normen von Frieden, Sicherheit und Entwicklung; der politische Umgang mit Rüstungstransfers ist aber nicht so eindeutig wie es diese Regeln vermuten lassen. Als kirchliche Verbände und Organisationen sind wir der Auffassung, dass unser politisches Handeln auch in Fragen der Rüstungsexporte an den Vorgaben von Frieden, Sicherheit und Entwicklung anzubinden ist. Wir sind weiterhin kritisch einer Betrachtung gegenüber Rüstungstransfers unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die negativen Folgen von Rüstungsgeschäften für Frieden und Entwicklung verlangen nach einer restriktiven Rüstungspolitik.

Schließlich glauben wir, dass die Transparenz durch parlamentarische Kontrolle in diesem sensiblen Feld gestärkt werden sollte.

Wir fragen Sie daher:

- Wie beurteilen Sie insgesamt die Situation der Rüstungsexporte durch die Bundesrepublik Deutschland?
- Wie stehen Sie zur Frage von Rüstungsexporte in Länder, die gleichzeitig Entwicklungshilfeleistungen erhalten?
- Sind Rüstungsexporte in Länder der südlichen Hemisphäre dann akzeptabel, wenn sie hier Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern?
- Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Länder, die in Demokratiestrukturen und der Beachtung der Menschenrechte Defizite aufweisen?

- Wie beurteilen Sie die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten von Rüstungsexporten?
- An welchen ethischen Kriterien sollte Ihrer Meinung nach Rüstungsexporte gebunden sein?

Ausländerwahlrecht

In der Bundesrepublik Deutschland leben nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes aktuell ca. 7 Millionen Ausländer rechtmäßig. Diese sind Menschen, die Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis sind. Ein Großteil dieser Menschen ist in Deutschland geboren und kennt ihr Heimatland nicht. Aktuell hat diese Personengruppe nicht das Recht, an Bundestags- oder Landtagswahlen teilzunehmen oder sich in den Bundes- oder in einen Landtag gewählt zu werden.

Wir fragen Sie daher:

- Welche Auswirkungen hat es auf die Legitimation demokratischer Entscheidungen, wenn dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland lebende Menschen von allen Ebenen der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen werden, weil sie nicht wählen dürfen und nicht wählbar sind?

Integration von Flüchtlingen

Aktuell ist die gegenwärtige Integrations- und Förderpolitik des überwiegenden Teils der Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland, so auch von Sachsen-Anhalt, geprägt von dem Grundsatz, dass Arbeitsmarktförderung und Integration von Flüchtlingen erst dann erfolgen sollen, wenn ein Aufenthaltstitel erlangt ist, der eine Perspektive auf einen Daueraufenthalt ermöglicht. Die Dauer von Asylverfahren oder der Prüfung, ob eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, beträgt aber häufig viele Jahre. Ein Großteil der Flüchtlinge wird deshalb über Jahre ausgegrenzt – mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen und auch hohen Kosten.

Wir fragen Sie daher:

- Sollten Flüchtlinge unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein Recht und frühzeitig eine Chance haben, ihre Qualifikationen auszubauen und arbeiten zu dürfen?

Energiewende/Umwelt

Die Stromrechnung steigt und steigt, aber die Anbieter wissen Rat. Sie empfehlen einen etwas teuren neuen Tarif mit fester Laufzeit, um so die übernächste Erhöhung zu umgehen. Seit Fukushima wird dabei auch verstärkt mit Adjektiven wie „grün“ oder

„ökologisch“ geworben. Schuld an der Misere soll aber derselbe Ökostrom sein. Gleichzeitig bricht im Osten der Republik die Solarindustrie zusammen, derweil die Chemiebranche sich weiterhin über Billigstrom freuen darf. Warum haften die Bergbauunternehmen für Folgeschäden, aber die Steuerzahler für die Endlagerung von Atommüll?

Wie passt das alles zusammen?

Das die Energiewende mit Blick auf die Bewahrung der Schöpfung „alternativlos“ ist, ist unbestritten. Erneuerbare Energien sind aber nicht nur risikoarm und umweltverträglich, sie bieten auch eine Chance für den Industriestandort Deutschland aufgrund unseres Wissensvorsprungs.

Nur warum sich die Energiewende so schwierig gestaltet und wer wo welche Interessen vertritt, ist für den einfachen Bürger kaum nachvollziehbar.

Sollte der Staat sich nicht endlich mehr um den von einigen wenigen großen Konzernen beherrschten Energiemarkt kümmern? Sollten Förderung von erneuerbaren Energien, Netzausbau und Speichertechnologien nicht zentral gesteuert werden?

Wir fragen Sie daher:

- Was tun wir eigentlich um den Energieverbrauch zu senken, was der einfachste Beitrag zur Energiewende und für den Umweltschutz wäre?
- Warum gibt es keine bezahlbare energetische Gebäudesanierung, z.B. eine Abwrackprämie für alte Heizungen?
- Sollte die Förderung von Energieberatung nicht erhöht werden? Warum beteiligen sich Kommunen und Gebäudewirtschaft nicht mehr an Projekte wie Stromsparcheck, wovon sie ja als Sozialhilfeträger bzw. Vermieter selber finanziell erheblich profitieren?

Erziehung und Betreuung

Frau und Herr N. haben drei Kinder. Im September 2013 erwarten sie ihr viertes Kind. Herr N. arbeitet als Angestellter. Frau N. ist Erzieherin. Aufgrund des Einkommensunterschiedes hat Frau N. den Hauptanteil an Erziehungs- und Betreuungsaufgaben in der Familie übernommen und ihre Berufstätigkeit eingeschränkt. Herr N. sichert das Familieneinkommen.

Bei ihrer letzten Teilzeitstelle, befristet, wurde Frau N. nahegelegt, diese aufzugeben. Durch Umstrukturierungen beim Träger sei die ihr zu Beginn zugesicherte Arbeitszeit am Vormittag zugunsten ihrer familiären Aufgaben nicht mehr darstellbar gewesen. Der Alltag in der Kindertagesstätte war für Frau N. auch von großen Gruppen und knappem Personal, insbesondere bei Krankheitsfällen, geprägt.

Das letzte Jahr hat Frau N. mit einer geringfügigen Beschäftigung (Minijob 400 €) im Bürobereich überbrückt. Beim Elterngeld steht ihr damit nur etwas mehr als der Mindestsatz von 300 € zu, nämlich 388 €.

Familie N. möchte ihr jüngstes Kind gern wie die anderen Kinder auch zwei Jahre zu Hause betreuen, allerdings fühlen sie sich in diesem Anliegen nicht unterstützt, auch nicht durch das in Aussicht gestellte Betreuungsgeld.

Bei den Überlegungen zur Förderung von Kindern soll das Wohl der Kinder im Mittelpunkt stehen. Die beste Förderung von Kindern leistet die Familie, in ihr fängt Bildung an. Eltern steht Wahlfreiheit zu, in welchem Umfang sie die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder selbst übernehmen oder Angebote außerfamiliärer Bildung und Betreuung in Anspruch nehmen.

Ab dem 1.8.2013 gilt für jedes Kind ab Vollendung des ersten Lebensjahres ein Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Wir wissen, dass viele Länder dieses Ausbauziel bis dahin quantitativ nicht erreichen werden. Die Ergebnisse der NUBBEK-Studie (Nationale Untersuchung zu Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit) belegen zudem, dass mehr als 80 Prozent der Betreuungseinrichtungen eine nur mittlere Qualität aufweisen.

Ebenso wird ab dem 1.8.2013 das Betreuungsgeld für Eltern eingeführt, die für ihr Kind keine frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege in Anspruch nehmen (100 € für Kinder im zweiten Lebensjahr, ab August 2014 dann 150 € für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr).

Wir fragen Sie daher:

- Wie wollen Sie neben der Quantität die Qualität in der öffentlichen Kinderbetreuung verbessern?
- Wie beabsichtigen Sie insbesondere die Qualifikation und Professionalisierung des Personals in Kindertagesstätten weiterzuentwickeln?
- Wie bewerten Sie das Betreuungsgeld im Hinblick auf die Wahlfreiheit von Eltern, die Betreuung ihrer Kinder in der Familie zu leisten?
- Wie wollen Sie Familien und insbesondere Frauen bei der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung/-erziehung unterstützen?

Bildung

Lisa, 17 Jahre, war stolz, den Sprung von der Mittleren Reife zum Gymnasium geschafft zu haben. Allerdings gestaltet sich der Übergang anschließend sehr schwierig. Die Kosten für Nachhilfestunden können die Eltern nicht dauerhaft aufbringen. Auch sonst fühlen sie sich von den inhaltlichen und finanziellen Anfragen ihrer Tochter und der Schule teilweise überfordert.

Parallel hat sich Lisa bei verschiedenen internationalen Freiwilligendiensten beworben, um Auslandserfahrungen sammeln zu können, wenn sie das Abitur nicht erreicht. Allerdings brachten diese Bewerbungen Absagen.

Nach diesen Misserfolgen möchte sie am liebsten die Schule verlassen, erst mal jobben und dann weiter sehen.

Das Bildungssystem ist in Deutschland immer noch wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass soziale Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet. Eltern mit höherem Bildungsabschluss haben einen Wettbewerbsvorteil gegenüber schlechter ausgebildeten Eltern, der sich auf die Kinder überträgt. Zudem verlassen viele Jugendliche Schule und Ausbildung ohne Abschluss. Ansätze zur Verbesserung des Lernerfolges wären u.a. eine Verstärkung der individuelleren Förderung von Schülern und Schülerinnen und eine Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Schultypen.

Wir fragen Sie daher:

- Was beabsichtigen Sie für mehr Chancengleichheit in der schulischen Bildung zu tun?
- Wie erreichen wir Ihrer Meinung nach die bildungsfernen Schichten?
- Welche Lösungsvorschläge haben Sie zur Verringerung der hohen Anzahl der jungen Menschen, die keinen Schul- bzw. Berufsabschluss haben?